

Annoncen-
Annahme-Bureau
In Breslau außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitstraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissel,
in Breslau b. Emil Rabath.

Annoncen-
Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. T. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Adolph Moser.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Nr. 116.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Breslau 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 15. Februar
(Erscheint täglich dreimal.)

Inserate 20 Pf. die geschwungenen Zeichen oder den Raum, Reklamen die Zeichen 50 Pf. sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen

1878

Amtliches.

Berlin, 14. Febr. Der König hat dem Prinzen Joachim Friedrich Ernst Waldemar von Preußen, Sohn des Kronprinzen des deutschen Reiches und Kronprinzen von Preußen, den Schwarzen Adler-Orden, den Kommerzien-Rittern Julius Leopold Schwabach und Wilhelm Herz zu Berlin den Charakter als Geh. Kommerzien-Rath; dem Fabrik- und Gutsbesitzer Dr. Egmont Websky zu Wüstewaltersdorf im Kreise Waldenburg den Charakter als Kommerzien-Rath; und dem Buchhändler Eduard Döring, alleinigen Inhaber der "Horwath'schen Buchhandlung" zu Potsdam das Präfikat eines l. Hof-Buchhändlers verliehen; sowie der Wahl des Rektors Dr. Hermann Klapp in Landsberg zum Direktor des Gymnasiums und der mit demselben verbundenen höheren Bürgerschule dasselbe; und der Wahl des Rittergutsbesitzers Albrecht zu Danzig zum Direktor des Danziger Landschafts-Departments für die Zeit vom 25. Dezember 1877 bis dahin 1883 die Alerhöchste Bestätigung ertheilt.

Der seith. Kreisarzt Dr. med. Otmann in Falkenberg ist zum Kreisphysicus des Kreises Rybnit ernannt, an dem Schulehrer-Seminar zu Mörs sind der Seminar-Hilfslehrer Osse aus Mettmann und der Lehrer Lamberti aus Köln als ord. Lehrer angestellt, der Tierarzt erster Klasse Albert Hirchland zu Essen ist zum kommissarischen Kreishauptarzt für den Stadt- und Landkreis Essen, unter Anweisung seines gegenwärtigen Wohnortes als Amtswohnort, ernannt worden.

Depeschen über den Krieg im Orient.

I. Vorgänge in den kriegsführenden Staaten.

Wien, 14. Februar. Der "Polit. Korresp." wird aus Konstantinopel von heute telegraphiert, gestern habe dort das Gericht verkündet, der Sultan treffe Vorbereitungen, die Residenz zu verlassen. — Ein Theil der britischen Flotte ist vor den Prinzen-Inseln vor Anker gegangen, zwei Panzerschiffe sind bei Gallipoli geblieben. — Aus Bulaest wird denselben Blatte gemeldet, daß zwei russische Lager in Rumänien gebildet werden sollen, das eine bei Plojesti mit einstweilen 30.000 Mann, das andere bei Roman in der Moldau mit 10.000 Mann. — Anlässlich der von türkischen Banden bei Kardza in Thessalien und bei Kethymo in Kreta verübten Grausamkeiten, wegen derer die griechische Regierung, wie gemeldet, bei den Mächten Beschwerde erhob, ist nach einem Telegramm der "Polit. Korresp." aus Athen vom 13. d. seitens der Regierung der Beschuß gefaßt worden, die Armee auf 50.000, die Marine auf 10.000 Mann zu bringen.

II. Internationale Beziehungen.

London, 14. Februar. Der Admiraltät ist eine Depesche des englischen Konsuls in Chanak-Kalesi zugegangen, welche bestätigt, daß gestern 6 Schiffe der englischen Flotte die Dardanellen passirt haben. Der türkische Pascha in Chanak-Kalesi erhob gegen die Durchfahrt der Schiffe formellen Protest, that aber keinerlei aktive Schritte, um dieselbe zu verhindern. Der englische Admiral hatte Befehl, mit oder ohne Erlaubniß der türkischen Regierung in die Meerenge einzulaufen und die zum Schutze der hinter ihm befindlichen gesuchtbereiten Schiffe erforderlichen Vorlehrungen zu treffen.

London, 14. Februar. Eine Spezialausgabe der "Times" enthält ein Telegramm aus Petersburg von heute, worin es heißt, der russischen Regierung solle bereits die Nachricht von der Ankunft der englischen Flotte in Konstantinopel zugegangen sein.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung.

Berlin, 14. Februar. Präsident Dr. v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung gegen 12½ Uhr.

Am Ende des Bundesrats: Staatsminister Hofmann, Unterstaatssekretär Herzog u. A.

Der Abg. Dr. Bürklin (Baden) zeigt seine Beförderung zum Oberhofrat an, glaubt indessen durch dieselbe sein Mandat nicht verloren zu haben. Die Angelegenheit wird der Geschäftsaufnahmekommission zur Prüfung zugewiesen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag der Abgeordneten Bürklin, Dr. Hirsch und Walter, betreffend Befreiung der Beschwerden wegen Benachtheitigung des freien Gewerbebetriebes durch die gewerbliche Gefangenendarbeit.

Der Antrag lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler aufzufordern, mit Rücksicht auf die wegen Benachtheitigung des freien Gewerbebetriebes durch die gewerbliche Gefangenendarbeit erhobenen Beschwerden und behufs Erlangung einer Grundlage für die in dem Strafvollzugsgesetz zu lösenden Frager über die Art der Beschäftigung der Gefangenen die Bundesregierungen zu erzählen, diese Beschwerden, soweit sie tatsächliche Ansprüche enthalten, einer eingehenden Untersuchung, möglichst unter Zuziehung von Vertretern der Beschwerdeführer, zu unterziehen und über deren Ergebnis in Verbindung mit einer Statistik über die Gefangenendarbeit im Reich dem Reichstage demnächst Mittheilung zu machen.“

Das Wort erhält zunächst als Antragsteller Abg. Bürklin. Er beginnt mit einer Vorgeschichte des Antrages: Seit derselbe zum ersten Male 1869 im Reichstage des Norddeutschen Bundes von Dr. Hirsch gestellt worden war, ist er in keiner Sessinn unberücksichtigt geblieben. Theils haben erneute Anträge, theils Petitionen Anlaß zu Verhandlungen über diesen Gegenstand gegeben, welche aber nie zu einer radikalalen Behandlung führten. Die vor einigen Jahren in Folge Beschlüsse des Reichstages an die Einzelregierungen gerichtete Auflösung, über die Art und Weise der Gefangenendarbeit in den Gefängnissen, so wie über etwa hervorgetretene nachteilige Folgen für den freien Gewerbebetrieb zu berichten, ergab nur von drei Ländern: Preußen, Sachsen und Braunschweig brauchbares Material. Wiederholte sprach man sich im Reichstage nun dahin aus, daß der Strafvollzug möglichst im Anschluß an die in den Strafanstalten Preußens beobachteten Maßregeln für das Reich geordnet werde. Jedoch lehnte der Vertreter der Bundesregierungen ein näheres Eingehen mit dem Bemerk ab, daß die Aufsicht über Strafanstalten der Einzelstaaten dem Bundesratte zur Zeit nicht zustehe. Jetzt nun, da die in dem Strafvollzugsgesetz zu lösenden Fragen ein Eingehen auf die

Sache fordern, ergibt sich als notwendige Konsequenz dieser Vorschläge die erneute Stellung des Antrages. Es sind nun in der That — so fährt Redner in der Begründung seines Antrages fort — die Beschwerden über die Gefangenendarbeit noch heute dieselben wie ehedem, und sind dem hohen Reichstag noch keine Petitionen in dieser Richtung zugegangen, so werden sie sehr bald erscheinen. Sowohl bietende wie auswärtige Gewerbetreibende bereiten deren vor, um diese Konkurrenz gegen die freie Arbeit zu befechten. Diesen Thatsachen gegenüber ist es an der Zeit, wenn nicht auf Abbilfe der Beschwerden gedacht werden kann, doch auf ihre erste Untersuchung Bedacht zu nehmen, und zwar baupräzisch aus dem Grunde, um einer ungewöndlichen Agitation, welche auf thatächliche Verhältnisse sich stützen, zu anderem Zwecken verwendet wird, ein Ende zu machen. Der Anreiz zu der Agitation liegt ja in den Verhältnissen selber; der Druck, welcher auf dem Gewerbe lastet, der Mangel an Arbeit, der in vielen Zweigen ohne Zweifel vorhanden ist, bilden ihn. Dem Wunsche des Reichstags gegenüber, der sich in der Hinweisung auf die preußischen Grundlagen im Strafvollzuge ausprach, hat nun aber im preußischen Landtag wiederholt eine Kritik gerade der Grundätze Preußens stattgefunden und dagegen der Wunsch nach Anerkennung des irischen Systems, Beschäftigung der Gefangenen bei öffentlichen Arbeiten verlautbart. Der Herr Abg. Ebert stellte dabei den Antrag auf einen statistischen Nachweis über Einnahmen und Arbeitsverdienst u. s. w., worauf der Herr Regierungsvorsteher erklärte, die Regierung werde bei ihrem System verharren. Trotz dieser Antwort ist eines neuerlich stattgehabten Vorgesangs wegen die Frage wohl berechtigt, ob die Regierung wohl wirklich so sehr, wie es den Anschein hat, von der Vortrefflichkeit ihres Systems überzeugt sei? Herr Dr. Friedenthal bat nämlich, seit er den Herrn Minister des Innern vertritt, auf eine Mittheilung des bleibenden Ausschusses des Deutschen Handelstages, betreffend ein von ihm an die deutschen Handelskammern zu richtendes Umfrage, ob und wie sich die Konkurrenz der Gefangenendarbeit auf die gewerblichen Arbeiten in ihren Bezirken fühlbar mache. Veranlassung genommen, unter dem 19. Januar dieses Jahres ein Schreiben an den Aufschluß zu richten, in welchem er sich bereit erklärt, die vom Handelstage eingeleitete Enquête seinerseits zu unterstützen, um das freie Gewerbe nach Möglichkeit zu fördern. Der Herr Minister gab auch an die Gefangenendirektoren dahin gerichtete Anweisungen unter besonderer Betonung der großen Wichtigkeit, welche der Gegenstand habe. Das Präsidium des Deutschen Handelstages ist natürlich auf dieses freundliche Anstreben mit grossem Dank eingegangen. Der Gegenstand ist jedoch unseres Erachtens von einer so großen Bedeutung, daß derartige nicht den deutschen Handelskammern überlassen kann; er ist Sache des Reiches und deshalb haben wir den Antrag an Sie gerichtet, eine Untersuchung von Seiten des Reiches einzutreten zu lassen. Beziiglich des preußischen Systems kann ich mich eines näheren Eingehens enthalten, jedoch muß ich folgende Punkte hervorheben. Beziiglich der Beschäftigung der Gefangenen und der Bestimmung der Preise ist der Gefangenendirektoren zu große Freiheit gelassen; es wäre meines Erachtens nötig, für jeden Gewerbezuweg bestimmte Normen aufzustellen. Aus dem vorhandenen Material über die Sache geben ferner nur die höchsten und niedrigsten Preise hervor und der sich aus ihnen wieder ergebende Durchschnittspreis. Dieser letztere nun, in Höhe von, wenn ich nicht irre, sechs Silbergroschen, ist der Angriffspunkt für die gesamte Agitation geworden, indem in der geringen Höhe der Beweis für die große Konkurrenz liegen soll, welche aus der Beschäftigung der Gefangenen dem freien Gewerbebetrieb erwachsen müsse. Dies wäre nicht möglich gewesen, sobald man der Statistik die Behandlungsweise eines jeden Arbeitszuweges und eine besondere Rechnungsaufstellung beigegeben hätte. Nur dann ließe sich ermessen, ob die Waare, welche geliefert wird, zu billig geliefert wird gegenüber der Konkurrenz nach außen. Die Beschwerden richten sich also zunächst gegen die zu niedrigen Lohnsätze, sie betreffen sodann aber auch die Fähigkeit des Betriebes, den der Staat durch Bau der Gebäude, Lieferung der Arbeitskraft, Beaufsichtigung der Gefangenen u. s. w. aufs weitgehendste unterstützt. Dadurch ist der Fabrikbesitzer in ungeheurem Vortheil gegenüber dem Kleingewerbe. Ja, m. H., das ist der Punkt, in Bezug auf welchen es auf eine Untersuchung ankommt, und da muß ich sagen, daß ich nach dem vorliegenden Material zu einem abschließenden Urtheil nicht gelangen kann. Die Klagen richten sich somit auch gegen die Anfertigung von schlechten Arbeiten im Verhältniß zu denen, welche der freie Arbeiter macht. Die gute Waare werde, sagt man, so vom Markte ganz verdrängt und der ganze Industriezuweg geschädigt. Auch dieser Punkt ist für mich nicht zur Entscheidung gebracht und ist auch einer derjenigen, welche in die Untersuchung hineingezogen werden müssen. Unser Antrag geht also auf Untersuchung der Beschwerden, die heute ebenso stark noch, wie vor vielen Jahren existiren. Welcher Art nun eine Besserung wird sein müssen, das ist nicht leicht zu sagen. Bei Ausbruch der Revolution in Frankreich im Jahre 1848, als der Unwillen der Gewerbetreibenden sich gegen die Gefangenendarbeit auf das heftigste geltend machte, beschloß man sofort die Entfernung der industriellen Gefangenendarbeit. Doch zeigte sich bald die Unhaltbarkeit dieses Schrittes, den man baldigst wieder gut zu machen suchte. Es war ein eben solcher Fehlgriff, das peninsuläre System einzuführen und den Gefangenen zum Nachdenken über seine That und die Aufgabe des Menschen zur Besserung zu führen. Es muß natürlich stets ein höherer Zweck mit der Haft verbunden sein, und eben deshalb darf die Arbeit nicht aus der Strafanstalt verbannt werden. Man muß Beides vereinigen, ohne nach außen hin zu schädigen. Die industrielle Arbeit ist ein außerordentlicher Hebel für die Besserung im Gefängnis; die Landwirtschaft kann ja auch mit zur Anwendung gebracht werden, aber nur in einem sehr beschränkten Maße. Die industrielle Arbeit ist es, die den Gefangenen, der sich der schlechten Neigung hingeben hat, veranlaßt, sich klar zu werden, was die Aufgabe seines Daseins ist, daß es ist die ehrliche Arbeit, in ehrlicher Arbeit eine Familie zu gründen, in ehrlicher Arbeit als Staatsbürger seine Pflicht zu thun. Je mehr ich aber von der Notwendigkeit der industriellen Arbeit in den Gefängnissen durchdringen bin, desto mehr ist es notwendig, dahin zu wirken, daß die Arbeit in den Gefängnissen nicht mehr der Gegenstand gehässiger Agitationen sein kann, daß die Beschwerden, welche von den freien Arbeitern verlauten, verstimmen. Ich halte es also für notwendig, daß vom Reichstage das Reich angegangen werde, die Klagen, mögen sie berechtigt oder unberechtigt sein, näher zu untersuchen, auch unter Heranziehung von Beschwerdeführern selbst. Es muß eine vollständige Statistik der Gefangenendarbeit hergestellt werden, das ist eine Notwendigkeit, um den Gesetzesentwurf über den Strafvollzug durchzuführen. Ich bitte Sie, nehmen Sie unseren Antrag an. (Beifall links.)

Bundeskanzleramt: Der Herr Borréder hat Ihnen bereits von den früheren Vorgängen bezüglich dieser Materie Mittheilung gemacht, ebenso dar-

über, welche Stellung Seitens der Reichsregierung gegenüber der Anregung dieser Frage eingenommen worden ist. Ich kann nun in Konsequenz der damaligen entgegengesetzten Haltung der Reichsregierung mittheilen, daß dieselbe auch dem heutigen Antrag gegenüber nicht ablehnend sich verhält. Ich halte den Grundgedanken, von welchem der Antrag ausgeht, für durchaus richtig, daß es nämlich notwendig ist, eine sachliche Untersuchung der hier in Rede stehenden Beschwerden vorzunehmen, zu dem Zwecke, um endlich einmal unbegründete Klagen, welche laut werden, entgegentreten zu können, und den begründeten Abhilfe zu verschaffen. In der Regel denkt man sich das Letztere leichter als es in der That ist. Wenn man die Gefangenendarbeit nicht vollständig abschaffen will, dann wird niemals zu vermeiden sein, daß zwischen Gefangenendarbeit und freiem Gewerbebetrieb eine gewisse Konkurrenz besteht. Die Aufgabe ist nur, die Konkurrenz oder vielmehr den Nachteil derselben, auf das möglichst geringe Maß zu beschränken. Wie das zu geschehen habe, das hängt vielfach von örtlichen und zeitlichen Verhältnissen, von technischen Rücksichten ab und es muß sehr sorgfältig untersucht werden, wie es bei den einzelnen Arbeitszuwegs zu erreichen ist, daß sie möglichst geringen Nachteil nach sich ziehen. Daher ist eine sachliche Untersuchung der Bedingung, unter welcher Gefangenendarbeit stattfinden kann, ohne dem freien Gewerbebetrieb einen nennenswerten Nachteil zuzufügen, durchaus angezeigt. Meine Bedenken gegen den Antrag rütteln sich nur darauf, daß eine Untersuchung von Seiten des Deutschen Handelstages eingeleitet ist und daß die preußische Regierung sich dieser Untersuchung gegenüber sehr entgegenkommen bewiesen hat, ja, schon in Verbindung getreten ist, das daher, wenn jetzt von Rechts wegen eine neue Enquête, ganz ohne Rücksicht eines anderen solchen Unternehmens eingeleitet würde, ein Widerstreit entstehen würde. Ich meine doch, daß der Herr Antragsteller, wenn er sich ein Bild von der neuen Untersuchung macht, ersehen wird, daß eine Kollision eintreten kann, die er doch gewiß im Interesse der Sache wird vermeiden wissen. Ich mache darauf aufmerksam, daß die von den Handelskammern eingeleitete Enquête von Sachverständigen durchgeführt wird, was doch von größter Bedeutung ist. Ich weiß auch nicht, ob nicht der deutsche Handelstag mit den anderen Regierungen ebenso in Verbindung getreten ist, wie mit der preußischen, zweifel aber nicht, daß, wenn es geschehen ist oder geschiebt, ein gleiches Entgegenkommen sich zeigen wird. Das Material wird ferner zweifellos auch dem Reichstage vorgelegt werden. Nach alledem möchte ich Sie bitten den Antrag abzulehnen, oder doch so zu fassen, daß er der von der preußischen Regierung bereits untersetzten Enquête des deutschen Handelstages nicht entgegenläuft.

Abg. Friesche (Sozialdemokrat) weist zunächst darauf hin, daß die preußische Regierung durchaus nicht bestrebt sei, den Liefeländern der Buchausarbeit entgegenzutreten, denn sie hat sogar überall da, wo die Arbeit in den Strafanstalten noch nicht eingeführt wird, die eingeführt und sogar jetzt noch, wo Tausende von Arbeitern feiern. Neue Industriezweige sind in den Anstalten eingeführt und dadurch noch mehrere Arbeiter brodlos geworden. Wir wollen die Buchausarbeit nicht allein deswegen befechten, weil sie den freien Arbeitern Konkurrenz macht, sondern es treibt uns dazu auch die Sorge für die allgemeine Sittlichkeit. Die Straflinge werden durch die gemeinsame Arbeit eher zu dem höheren Verbrechenthum ausgebildet, als gebessert. Was der Eine nicht weiß, das weiß der Andere. Die Straflinge, sobald sie entlassen sind, wenden sich nach großen Städten und nach Fabriken, in denen sie Beschäftigung suchen. Sie kommen in Fabriken, wo auch Kinder und junge Mädchen beschäftigt werden. Es wird Niemand sein, der da glauben könnte, daß dieses Zusammenarbeiten der entlassenen Straflinge mit jugendlichen Arbeitern von Vortheil für die Sittlichkeit sein kann. Schon ein einiges unbedachtes Wort kann in einem Kinde den Keim zu einem verfehlten Leben legen. Auch ich stimme dafür, die Beschäftigung der Gefangenen hauptsächlich in der Landwirtschaft zu suchen, aber ist das bei dem heutigen System möglich? Nahtlich die preußische Regierung hat den seit langen Jahren in dieser Richtung geäußerten Wünschen wenig oder gar nicht Rechnung getragen. In Zigarrenfabrikation, Schlosserei, Würfelmacherei, Goldschmiedefabrikation, Korbmacherei u. s. w. hat die Zahl der Gefangen-Arbeiter seit Jahren stetig zugenommen. Wenn hier eine gründliche und durchgreifende Abhilfe geschaffen werden soll, so reicht der vorliegende Antrag nicht aus. Ich empfehle Ihnen folgenden nachdrücklicheren: Den Herrn Reichsbürger zu ersuchen, mit Rücksicht auf die Benachtheiligung des freien Gewerbebetriebes durch die gewerbliche Gefangenendarbeit erhobenen Beschwerden und beabsichtigt der Erlangung einer Grundlage für den Strafvollzugsgesetz zu lösen, die Neorganisations der Gefangenendarbeit nach vier Richtungen anzureihen: 1. Mannigfaltigkeit der Beschäftigungsarbeit; 2. Seitens der Strafanstalt-Direktionen öffentliche Bekanntmachungen über die Erwerbsverhältnisse und Beschäftigungsarten des Detinanten; 3. Festsetzung der Löhne für Gefangenen-Arbeit dergestalt, daß der freien Arbeit keine Konkurrenz daraus erwachse; 4. Erhöhung der Strafanstalt-Direktionen, die Gefangenen auch außerhalb der Anstalten als Arbeiter verwenden zu lassen. Es sind diese Vorschläge, welche von der Handelskammer zu Leipzig gemacht worden sind; durch dieselben würde ein großer Theil der Klagen befechtigt und empfehle ich dieselben zur Annahme.

Abg. Dr. Bismarck: Obwohl der Borréder sich gegen die Gefangenendarbeit überhaupt erklärte hat, so geben seine Vorschläge von diesem Gesichtspunkte nicht aus. Was beabsichtigt denn nun der Borréder an die Stelle der Gefangenendarbeit zu setzen? Darüber haben wir nichts gehört, er hat nur angedeutet, daß er für eine Beschäftigung mit landwirtschaftlichen Arbeiten sei. Dies ist bald ausgesprochen, aber man muß an die Ausführung und die Kosten denken, welche dadurch entstehen. Wenn verlangt wird, daß die Gefangenen nur mit Arbeiten beschäftigt werden sollen, welche ihrem gewerblichen Berufe entsprechen, so ist darauf zu verweisen, daß drei Viertel derjenigen, welche in die Strafanstalten kommen, gar nichts gelernt haben. Welche Aufgabe hat denn eigentlich die Strafe nach dieser Richtung hin? Dabei müssen drei Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden, einmal der Zweck der Strafe, ferner die Besserung der Gefangenen und drittens die ökonomische Seite. Der Borréder ist nicht berechtigt, den Direktionen der Gefangen-Anstalten einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie neue Industriezuwege einführen, denn wenn dieselben dazu dienen, den Strafling für das Leben wieder brauchbar zu machen, so ist damit ein großer Zweck erreicht. Ein Vorwurf kann nur da erhoben werden, wo die Arbeit in einer unpraktischen Weise erfolgt. Der Redner exemplifiziert auf Moskau, wo in Folge der eingeführten Arbeit unter 3000 entlassenen Straflingen sehr wenige Rückfälle eingetreten seien. Die Beschäftigung der Gefangenen mit ländlichen Arbeiten hält der Redner für durchführbar, sobald die örtlichen Verhältnisse nicht entgegen stehen; ebenso betrachtet er auch die Beschäftigung der Gefangenen bei den öffentlichen Arbeiten als zulässig, sobald die örtlichen Verhältnisse sie gestatten. Ganz besonder

aber richtet der Redner die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf das System der vorläufigen Entlassung der Gefangenen und empfiehlt derselben zu untersuchen, wie die betr. gesetzliche Bestimmung über die vorläufige Entlassung der Gefangenen in den einzelnen Staaten ausgeführt wird. Zum Schluß bittet Redner um Annahme des Antrages Bürgers, bei dessen weiterer Ausführung auch die Vorschläge des Abg. Fritzsche geprüft werden könnten.

Abg. Fritzsche erwidert dem Vorredner, daß es eine Menge öffentlicher Arbeiten gebe, bei denen die Gefangenen beschäftigt werden könnten. Sein (des Redners) Antrag halte sich lediglich an das, was die Handelskammer in Leipzig beantragt habe, von der beantragten Enquête verstreiche er sich nicht viel; alle Institute, welche man bei derselben zu Rathe ziehen würde, hätten kein großes Interesse an dieser Frage und das Material, welches diese Enquête zu Tage fördern würde, dürfte ebenso mangelhaft ausfallen, wie alles frühere.

Abg. Dr. Franz (Klerikal) kann sich für den Antrag Fritzsches ebenfalls nicht sehr begeistern und wird für den Antrag Bürgers stimmen. Durch die Kräfte, welche dem Reichskanzler zu Gebote stehen, werde eine größere Objektivität und ein besseres Resultat bei den Untersuchungen erzielt werden. Man stehe hier vor kollektivem Interesse, deren Lösung nach seiner Überzeugung gar nicht möglich sei. Er halte es für ratsam, die Gefangenen in den Anstalten für allgemeine Staatsbedürfnisse arbeiten zu lassen, z. B. für Militärarbeitsdienste. Alles, was der Abgeordnete im Interesse der Sittlichkeit angeführt, spreche gegen die gemeinsame Arbeit in den Gefängnissen, welche vieles Bedenkliche habe.

Abg. Dr. Genzel (Leipzig) rechtfertigt die Anträge der Leipziger Handelskammer, welche der Abg. Fritzsche nicht richtig in seinem Antrage wiedergegeben habe. Diese Anträge sind von einer solchen Tragweite, daß es für das Haus schwer ist, sich ohne vorherige Kommissionserörterung für dieselben zu erklären. Ich entscheide mich daher heute für die Annahme des Antrages Bürgers. Bei der hier beantragten Enquête liegen die Verhältnisse anders, als bei den früheren, weil es sich hier um thatsächliche Verhältnisse handelt, welche von den Organen der Reichsregierung sehr leicht eruiert werden können. Wir kommen daher durch die Annahme des Antrages Bürger schneller zum Ziele.

Abg. Majunke (Klerikal) führt aus, daß der Abg. Fritzsche verschiedene sehr beachtenswerte Punkte angeführt habe, welche den Grund für die großen Fortschritte der Sozialdemokratie in der letzten Zeit abgeben. Wenn er heute dennoch gegen den Antrag Fritzsches stimme, so liege der Grund nur darin, daß er die Frage noch nicht reif zur Diskussion und Entscheidung halte. Er erkläre sich für den Antrag Bürgers, da dem Hause erst eine Statistik gegeben werden müsse, ehe es sich entscheiden könne, ob es sich für eine Aenderung der gegenwärtigen Verhältnisse auszusprechen habe. Nach dem, was man heute hier gehört habe, könne man ein objektives Urteil noch nicht abgeben. In den Provinzen und an kleineren Orten dürfen allerdings ganz andere Verhältnisse maßgebend sein, als in den größeren Strafanstalten. Liege das Material erst vor, dann sei es ja nicht ausgeschlossen, daß der Abg. Fritzsche seinen Antrag von neuem einbringe, über welchen dann eingehend berathen werden könne.

Die Diskussion wird geschlossen und es verzählt zum Schluß das Wort der Mittragsteller.

Abg. Dr. Hirsch: Die Diskussion hat eine solche Übereinstimmung der Ansichten ergeben, daß ich ganz kurz sein kann. Die Angelegenheit erfordert eine dringende Erwögung, weil eine große Zahl von Arbeitern sich Jahr für Jahr verletzt fühlt durch die gegenwärtige Anwendung der Gefangenenerarbeit. Es muß genau er forscht werden, ob nicht eine Aenderung dieser Arbeit wünschenswert, ja notwendig ist, und ich halte die Beschäftigung der Gefangenen an öffentlichen Arbeiten ebensoviel für ausführbar, wie die Beschäftigung für den eigenen Bedarf des Staates, wo die Gefangenen verwendet werden können, ohne dem freien Arbeiter zu schwere Konkurrenz zu machen. Durch die Ueberreibungen des Abg. Fritzsches wird nach meiner Ansicht der guten Sache nur Schaden geübt. Was nun unser Antrag anlangt, so hat der Herr Präsident des Reichskanzleramts sich zwar entgegengestellt, aber doch hat er auch mancherlei Bedenken kundgegeben, deren Berechtigung nicht zu leugnen ist. Die Handelskammern treten ja den gewerblichen Interessen nicht entgegen, aber einseitig sind sie in ihren Beurteilungen doch. In der Regel sind es nicht die Handel- und Gewerbetreibenden, welche mit Beschwerden kommen, sondern die Arbeiter. Möge man endlich anfangen, das Verfahren der englischen Enquêtes zu befolgen. Diese bieten das Einzigste, was zum Ziele führt, und ich glaube, daß auch die Reichsregierung ihre Zustimmung dazu ertheilen werde, weil darin die Garantie der Unparteilichkeit liegt. In dem Antrage des Abg. Fritzsches steht ich auf verschiedene Widersprüche; die vom selben aufgestellten Gesichtspunkte sind ja gewiß der Widerlegung wert, wenn sie auch, was ich weiter gegen sie einwende, nicht erschöpfend sind. Zum Schluß bemerkte ich nur dies: Wenn in England aus weiten Kreisen Beschwerden kommen, dann führt die Regierung die Verpflichtung dazu, durch Enquêtes zur Aufklärung der Wahrheit in der jeweils vorhandenen Schwierigkeit befähigt zu sein. Ich kann Ihnen dieses Beispiel nur empfehlen: Suchen Sie die Wahrheit, dann werden Sie sie auch finden. (Beifall.)

Es erfolgt hierauf die Abstimmung und wird das Amtendement Fritzsche mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der Hauptantrag Bürgers-Hirsch mit beträchtlicher Majorität (dagegen die meisten Konservativen) angenommen.

Der Antrag des Abg. Bloß u. Genossen, betreffend Aufhebung des gegen den Abg. Most beim Kammergericht schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session, wird nach kurzer Befürwortung durch den Haupttragsteller ohne Widerpruch angenommen.

Ohne Diskussion wird ferner die zur ersten Berathung stehende Rechnung der Kasse der Ober-Rechnungskammer bei desjewigen Theils, welcher die Reichsverwaltung pro 1875 betrifft, der Rechnungskommission überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht bier nach die erste Berathung der Allgemeinen Rechnung über den Reichshaushalt pro 1873. Dazu bemerkte der

Abg. Richter (Hagen): Mr. H., ich kann den Hinweis darauf nicht unterlassen, daß in dem hier zur Berathung stehenden Rechnungsnachweis ein Blatt fehlt, nämlich dassjenige, welches Auskunft ertheilt über die an den Verpflegungsgeldern der deutschen Truppen während der Okkupation französischer Gebietstheile erzielten Summen. Auf meine darüber vor Jahren erfolgte Frage hat die Regierung den Bescheid ertheilt, sie sei noch nicht in der Lage, die gewünschten Nachweistellung zu liefern. Jetzt heißt es nun, diese Rechnungen seien abgeschlossen, und sieben die an den Verpflegungsgeldern erzielten 13 Millionen Mark in den Summen, welche in den letzten Wochen an die einzelnen Bundesstaaten ausbezahlt worden sind. Da ist es mir doch höchst befremdlich, daß jetzt wieder in der allgemeinen Rechnung die Rechnungen über diesen Fonds nicht vorgelegt werden. Es sollte dies wirklich der Ertheilung der Deckung Schwierigkeiten bereiten, falls dieser Punkt nicht vorher seine befridigende Erledigung findet. Ich müßte darauf umsonst nach bekannten Vorgängen befragen. Es wurden ja seiner Zeit auch 71 Millionen Thaler in Effekten bei Hrn. v. Bleichröder in Berlin angelegt, und sind bisher dem Reichstage hierüber keine ziffermäßigen Belege gegeben worden. Ähnlich verhält es sich mit der mainzner Konservenfabrik; wie verhält es sich mit den diesbezüglich verwandten Fonds? Der jetzt nicht mehr im Amt befindliche Präsident des Rechnungshofes hat es nicht für geboten erachtet, darüber Nachricht zu geben. Derartige Fälle sind in der That geeignet, ein merkwürdiges Licht auf das Rechnungswesen des Reiches zu werfen.

Präsident des Reichskanzleramts Hofmann: Ein Gesetzentwurf über die Verpflegungsgelder der zur Okkupation französischer Gebietstheile kommandiert gewesenen Truppen ist dem Bundesrat vorgelegt worden und wird, wie ich hoffe, sehr bald auch dem Reichstage zugehen. Mit Rücksicht hierauf hätte ich gewünscht, daß die Kritik bis dahin verschoben worden wäre. Die Entstehung des von dem Herrn Vorredner zur Sprache gebrachten Fonds war so eigen-

thümlicher Art, daß über seine Verwendung Zweifel entstanden. Dies allein war die Ursache, daß die Rechnungsablegung darüber sich verzögerte. Ich bitte daher, daß das hohe Haus sein Urteil, bis diese erfolgt sein wird, suspendieren möge.

Nachdem Abg. Richter seine Befriedigung über diese Auskunft ausgesprochen hat, wird die Vorlage der Rechnungs-Kommission überwiesen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Fixierung und Präsentation der vom vormaligen Norddeutschen Bunde ausgegebenen Darlehensscheine wird ohne Diskussion in erster und zweiter Lesung angenommen.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend das dem Reich gehörige Grundstück in der Böckstraße in Berlin gelegene Grundstück. Der Sachverhalt ist folgender: Ein Gesetz aus der vorigen Session ermächtigte den Reichskanzler zum Ankauf folgender hier belegener Grundstücke für das Reich 1) des v. Decker'schen sammt der darauf befindlichen Drucker und 2) des in der Böckstraße Nr. 4 und 5 gelegenen, damals der Deutschen Baugesellschaft gehörigen Grundstücks. Hierzu war folgender Zusatz gemacht worden: „Die Bestimmung über den Zweck, welchen die vorstehend bezeichneten Grundstücke dauernd dienen sollen, bleibt bis dahin vorbehalten, daß über die Baulücke für das zu errichtende Reichstaggebäude die Entscheidung getroffen ist.“ Der vorliegende Entwurf soll nun die dem Wortlaut nach mögliche Wirkung des festgedachten Zusatzes auf das in Rede stehende Grundstück aufheben.

Abg. Weichenberger (Krefeld) widerspricht der in den beigegebenen Motiven enthaltenden Deutung, daß der erst auf Antrag des Reichstages in das Gesetz aufgenommene Zusatz sich nach der Ansicht des Reichstages nur auf das Decker'sche Grundstück beziehen sollte, und daß der Zweck der vom Reichstag beschlossenen Einzahlung lediglich dahin gegangen sei, Verpflichtungen zu verhindern, welche der etwaigen Heranziehung des Decker'schen Grundstücks für den Bau des Parlamentshauses präjudizieren könnten. Redner bittet daher das Haus, die gewünschte Interpretation nicht zu ertheilen und das Gesetz zu verwerfen, besonders um endlich Klarheit in die Reichstagsbau-Angelegenheit zu bringen. Nach einigen wenigen Worten der Entgegnung seitens des Bundesratsbevollmächtigten, Präsident des Reichskanzleramts Hofmann, wird die erste Berathung geschlossen und in zweiter diskussionsloser Berathung der Entwurf der Reichsregierung genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Verlesung der Interpellation Ebilenuß-Binn (betr. Leichenstrafe etc.), kleinere Gesetzesvorlagen und erste Berathung des Etats in Verbindung mit der Anleihenvorlage.

Präsident von Forde bedankt sich im Anschluß an die Tagesordnung mit, er gedenke für Dienstag nächster Woche die Orient-Interpellation v. Bennigsen-Hänel in Vorschlag zu bringen und für einen der nächsten Tage sodann die erste Berathung der Steuergesetze.

Schluss 3½ Uhr.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 14. Februar. Die Rückkehr des Fürsten Bismarck sollte nach einer heute früh von Barzin eingetroffenen Meldung heute Nachmittags oder Abends erfolgen.* Es wäre jedoch unrichtig, aus dieser Thatache zu schließen, daß die auswärtige Lage einen älteren Charakter angenommen haben. Heutige Telegramme aus St. Petersburg berichten von dortigen Zeitungstimmen, welche verlangen, Deutschland solle den ersten Kanonenenschuß verbieten, indem es sich im Vorau zum Feinde dessen erkläre, der ihn abfeuern werde. Daraus geht zur Genüge hervor, von welchem Gewicht die Stellung Deutschlands in diesem Augenblick nicht nur tatsächlich ist, sondern wie sehr die Geländemachung desselben auch gewünscht wird. Man darf annehmen, daß das Verhältnis der drei Kaiserhöfe von seiner Intimität, von dem gegenseitigen Vertrauen nichts verloren hat, und man darf deshalb auch schließen, daß die anscheinend drohende Situation sich bald ablösen wird. Die Interpellation im Reichstage wird nach der erfolgten Rückkehr des Reichskanzlers ohne Zweifel nicht mehr verjüngt werden; ob aber die Regierung dieselbe auch unmittelbar beantworten wird, ist noch ungewiß. Formell steht bekanntlich der Regierung das Recht zu, zunächst zu erklären, ob sie überhaupt antworten will, und darauf den ihr eventuell am geeigneten Tag dafür zu bezeichnen. Die sofortige Beantwortung würde nur möglich sein, wenn die Ablklärung der Situation schon in diesen Tagen sich vollziehen sollte, was jedoch kaum zu erwarten ist.

— Wie die „Magdeburg.“ hört, ist am 13. d. die Plenarsitzung des Reichstags aus dem Grunde ausgesessen, weil heute Vormittag zur Todtenfeier des Papstes in den katholischen Kirchen Gottesdienst abgehalten wurde.

— Der in den letzten Tagen veröffentlichte kaiserliche Gnadenerlaß für diejenigen Elsaß-Lothringen, welche sich der deutschen Wehrpflicht entzogen haben, ist sicherlich nicht im Reichslande selbst, sondern auch im übrigen Deutschland mit grösster Befriedigung aufgenommen worden. Tausende junger Leute waren nach dem Kriege, betört von einer fanatisch-gewissenlosen Propaganda, in dem Wahne über die Vogezen gewandert, daß in wenigen Jahren die Deutschen über den Rhein zurückgetrieben sein würden. Längst haben diese Unglücklichen ihren schweren Irrthum erkannt, längst sehnen sie sich nach der alten Heimat zurück, wo vielfach hilfsbedürftige Angehörige sie so sehr entbehren. Aber die durch die Nichtachtung der deutschen Wehrpflicht verübten Strafen machen ihnen die Rückkehr bisher unmöglich. Man versteht, warum die autonome istischen Reichstagsabgeordneten die günstige Position, welche sie sich gegenüber der Reichsregierung erworben, zur Erlangung eines Gnadenaktes gerade in diesem Punkte zu benutzen bestrebt waren. Der erwähnte Amnestieerlaß ist die Frucht ihrer Bemühungen. Sofort aber sind die protestlerischen Abgeordneten zur Hand, ihre autonomistischen Kollegen zu übertrumpfen. Sie beantragen beim Reichstage: „den Reichskanzler aufzufordern, dahin zu wirken, 1) daß den Optanten der Aufenthalt in Elsaß-Lothringen unter denselben Bedingungen wie den Angehörigen anderer fremder Staaten gestattet werde; 2) daß die Optanten im Alter von 23 bis 27 Jahren, die aus dringenden Familienverhältnissen zur Rückkehr in ihre frühere Heimat genötigt sind, nicht zum aktiven Militärdienst in der deutschen Armee gehalten werden, um die Staatsangehörigkeit in Elsaß-Lothringen erlangen zu können.“ — Mit Bezug hierauf schreibt die „Nat. Lib. Kor.“:

So sehr im Reichstage alle Parteien dem kaiserlichen Gnadenerlaß Beifall zollen, so entschieden wird die große Majorität dem protestlerischen Antrage entgegentreten. Die Forderung ad 1 flingt sehr harmlos, ist vom Scheine selbstverständlicher Gerechtigkeit umgeben. Aber bei Licht befehlt bedeutet sie die Aufhebung des Artikel 2 des Frankfurter Friedens. Die Behandlung der Optanten

auf dem Fuße der Angehörigen anderer fremder Staaten würde die Wirkung haben, daß dieselben ungefähr in Elsaß-Lothringen Wohnsitz nehmen könnten. Dagegen gewährte der genannte Artikel 2 das Recht, die französischen Nationalität beizubehalten, ausdrücklich nur unter der Bedingung, daß der Betreffende seinen Wohnsitz nach Frankreich verlegt und sich dort niederstelle. Ohne diese Bedingung hätte die Elsaß-Lothringische Bevölkerung für die französische Nationalität optiren und unbehindert auf ihrer väterlichen Scholle sitzen bleiben können. Es liegt auf der Hand, daß, wollte man den Optanten jetzt, kaum 6 Jahre nach ihrer Auswanderung, den dauernden Aufenthalt in ihrer alten Heimat gewähren, dies die Befestigung des Landes nur beeinträchtigen könnte. Der Einwand, daß man gegen wirkliche Störenfriede ja stets mit Ausweisungsmaßregeln vorgehen könne, ist nicht stichhaltig, da schon die bloße Anwesenheit der französischen Gebliebenen inmitten ihres alten Bekanntenkreises aufregend wirkt und jede etwa notwendig werdende Ausweisung die Leidenschaften stets aufs Neue anfachen würde. Möglich, daß in einzelnen Fällen die Behörde eine weitgehende Nachsicht über kann; eine generelle Zulassung der Optanten aber würde im Interesse der reichsländischen Bevölkerung selbst nicht zweckmäßig sein. Wer durch irgendwelche Notwendigkeit zur Rückkehr nach Elsaß-Lothringen gezwungen ist, der mag sich die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben; wer das nicht will, der muß die Folgen seines einmal gethanen Schrittes tragen. Man sagt, daß die große Mehrheit der Optanten seinerzeit in Unkenntnis dieser Folgen gehandelt habe. Allerdings werden aber gerade die Protestler am Besten wissen, wen die Schuld daran trifft. Die deutsche Regierung hat es damals an Warnungen und Belehrungen nicht fehlen lassen; die große Masse aber hörte lieber auf die Verlockungen der französischen Agitation, welche die Unwissenheit über die volle Bedeutung der Option absichtlich im Unklaren erhielt. — Die zweite Forderung des obigen Antrags würde schon aus Gerechtigkeit gegen die in ihrer Heimat verbliebenen Elsaß-Lothringen nicht erfüllt werden können. Es hieße einfach, die mit der Option in zahlreichen Fällen beabsichtigte Umgebung der Wehrpflicht nachträglich ausdrücklich sanktionieren. Wir müßten Diejenigen, welche sich der harten Notwendigkeit lohal gefügt haben, von der deutschen Regierung denken, wenn dieselbe jenen Anderen, die dem Gesetz eine Faust drehen wollten, zur glücklichen Ausführung dieses Vorhabens noch obendrein befürworten würde! — Die protestlerischen Reichstagsabgeordneten haben über die Unannehmbarkeit ihres Antrages nicht in Zweifel sein können. Ihr Zweck ist lediglich, die kritische Menge in Elsaß-Lothringen zu erregen und die autonomistischen Abgeordneten in Schatten zu stellen. Diese Taktik wird ihnen in der betreffenden Debatte hoffentlich einmal gründlich aufgedeckt werden.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 15. Februar.

— Herr Dr. Eras wird seinen bereits angekündigten Vortrag über den sozialdemokratischen Arbeiterkampfismus heut Abend 8 Uhr im großen Lambergschen Saale halten. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

§ Diebstähle. Einem Haushälter sind aus seiner verschlossenen Wohnung am Alten Markt mittels Aufbrechen des Schlosses ein langer heller Sommerrock und ein kurzer schwarzer Tuchrock, sowie 6 Mark gestohlen worden. — Einem Fleischermeister auf der Thorstraße sind durch seinen Lehrburschen in verschiedenen Beiträumen aus verschlossenem Keller und Remise eine große Menge Fleischwaren entwendet worden. — Der größte Theil der in vorher Woche bei einem Destillateur auf der Domianenstraße gestohlenen Wäsche im Werthe von einigen 100 Mark ist in der Wohnung eines mehrfach bestraften Zigarrenarbeiters gefunden, der dieselbe von den Dieben für 9 Mark gekauft hat. Ebenso wurden bei demselben von den in vorher Woche in der Judenstraße gestohlenen 21 Gänsen 7 gefunden. Er hatte von den Dieben im Ganzen 14 Gänse für 21 M. gekauft, und 7 davon theils verkauft, theils verzehrt, die 7 übrigen eingepökelt.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Kopenhagen, 14. Februar. Die Nationalbank wird von morgen ab den Diskont für Wechsel auf 4½–5, den Lombardzins auf 5 pCt. herabsetzen.

** Wien, 13. Februar. Die Generalversammlung der österreichischen Kreditanstalt wird am 30. März cr. stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen die üblichen Gegenstände.

** Paris, Donnerstag, 14. Februar, Nachm. Bancaire. Guthaben des Staatschafes. Abnahme. 3,740,000 Frs. Baarvorrah. 3,782,000 Frs. Portefeuille der Hauptbank und der Filialen. 35,156,000 " Gesamt-Beschaffungen. 611,000 " Notenumlauf. 5,515,000 " Laufende Rechnungen der Privaten. 39,925,000 "

Telegraphische Nachrichten.

Kopenhagen, 14. Februar. Bei der heutigen Berathung des Budgets für das Ministerium des Auswärtigen im Folgefahrt erklärte der Minister des Auswärtigen auf eine ihm von dem Ausschussberichterstatter gegebene Veranlassung, die Hoffnung auf Erhaltung des allgemeinen Friedens sei noch nicht aufgegeben, die Regierung sei bemüht, Dänemark außerhalb der Begebenheiten zu halten, es liege im Augenblicke entschieden nichts vor, was die Friedenshoffnungen der Regierung abschwächen könnte. Zugleich deutete der Minister darauf hin, daß der (bereits telegraphisch signalisierte) gestriges Artikel der „Berlingske Tidende“ von der Regierung inspirirt sei und desavouirt auf das bestimmte das Gericht betreffend die Sperrung der Ostsee und ähnliche Nachrichten, „woran übrigens kein vernünftiger Mensch geglaubt hätte.“

Wien, 14. Februar. [Abgeordnetenhaus. Volldebatt.] Der Handelsminister erklärt, es sei Pflicht der Regierung und der Volksvertretung, einen definitiven Zustand zu schaffen. Die gegen die Vorlage erhobenen Widersprüche stünden im Widerspruch zu einander; die Vorlage halte die goldene Mittelstrafe ein und berücksichtige die reinen Verhältnisse. Der Minister konstatierte, daß bei zahlreichen Industriezweigen ein Rückgang eingetreten und daß es daher notwendig sei, Neiformen zu schaffen. Dieselben könnten nicht bloß in Zollherabsetzungen bestehen, es müsse vielmehr eine allgemeine Korrektur vorgenommen werden. Auch müßten die Stimmen Ungarns gehört werden, endlich sei Rücksicht auf das Ausland zu nehmen. Irrthümlich sei es, von einem Tauschhandel mit Ungarn bezüglich Erhöhung der Finanzzölle für eine Erhöhung der Industriezölle zu reden. Österreich brauche die Finanzzölle ebenso gut wie Ungarn. Der Tarif trage keineswegs einen so arg protektionistischen Charakter, wie man es ihm vorwerfe. Die Regierung habe an ihrem anfänglichen Programme, nämlich an der Abhebung des englischen Nachtragsvertrages festgehalten, sie wünsche

* Die „N. St. Btg.“ meldet aus Stettin, 14. Februar: Mit dem heute Nachmittag eingetroffenen Courierzuge passierte Fürst Bismarck auf seiner Reise nach Berlin hier durch.

Produkten-Börse.

Berlin, 14. Febr. Wind: NW. — Barometer: 28,5°. — Thermometer: 2° R. — Witterung: Veränderlich.

Weizen Iolo per 1000 Kilogr. M. 185—225 nach Dual. gef., gelber märkischer und ufermärkischer 198—200 a. B. b. feiner weißer polnischer — ab Bahn bezahlt, gelber per diesen Monat —, bez., per April-Mai 206,0—207 bez., per Mai-Juni 207—208 b. J. Juli-Juli 208,5—209,5—209 b. — Roggen Iolo per 1000 Kilogr. 137—150 Mark nach Qualität geobert, russischer 137—141 ab Bahn bezahlt, feiner do. —, ab Bahn bezahlt, tschechischer 138—147 ab Bahn bez., per diesen Monat 146,5—1000,0 bez., per Febr.-März do., per April-Mai 146,5—147, Mai 147,5 bez., Mai-Juni 145,5 bez., per J. Juli-Juli do. — Gerste Iolo per 1000 Kilogramm M. 120—195 nach Dual. gef. — Hafer Iolo per 1000 Kilogramm 105—165 nach Qualität gef., öst. und westpreußischer 115—137, russischer 110—135, pommerischer 125—137, schlesischer 125—137, galizischer —, böhmischer 125 bis 137, feiner russischer 140—147 ab Bahn bez., der dies. Mon. — bez., per April-Mai 137,5 B. per Mai-Juni 139,5 bez. J. Juli-Juli 141,5 b. — Erbsen per 1000 Kilogr. 151—159 nach Qualität, Futterware 135 bis 150 nach Qualität. — Kappe per 1000 Kilogramm 310—330 bez. — Käböl 310—325 bez. — Leinöl Iolo per 100 Kilogramm ohne Faz. 69,0 bez., mit Faz. — bez., der diesen Monat 69,5 b. Febr.-März do. bez., April-Mai 68,8—68,7 bez., per Mai-Juni 68,7—68,8 bez., J. Juli —, — bez., per September-Oktober 66,0 — Petroleum (raffin.) (Standard white) per 100 Kilogramm mit Faz. Iolo 24,6—60—0 bez., per diesen Monat 24,5 bez., per Februar-März 24,4 do. März-April — bez., pr. Sept.-Oktober 26,5 bez. — Spiritus per 100 Lit. a. 100 vcl. = 10,000 vcl. ohne

Berlin, 14. Februar. Die Meldungen von außerhalb hatten gestern Abend ziemlich fest gelautet; dennoch eröffnete die wiener Börse matt und schwankend. Hier wurden Kredit-Aktien vor der Börse selbst unter 370 gehandelt, stellten sich jedoch innerhalb der Börse sofort auf 373 und zogen noch eine Kleinigkeit an, so daß der gestrige starke Schluß rasch überholt war. Die politische Beunruhigung übte heute allerdings einen Druck auf den Verkehr, doch kam derselbe im Ganzen zunächst hier wenig in den Kurzen zum Ausdruck, weil man auf das Enttreffen friedlicher Nachrichten hoffte. Auch schätzte man die Eröffnung der londoner Börse fest. Doch blieb die Spekulation trotz dieser angeblich so günstigen Erwartungen in hohem Grade zurückhaltend. Die Festigkeit beruhete mehr auf einem Man-

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 14. Februar 1878.

Pommersche Fonds und Geld-Course.

Konsol. Anleihe 4½ 104,70 b. II

do. neue 1876 4 95,75 b.

Staats-Anleihe 4 95,70 b.

Staats-Schild 3½ 92,70 b.

Kur. u. Min. St. 3½ 91,25 b.

Dd. -Deichh.-Obl. 4 101,00 G.

Berl. Stadt-Obl. 4 101,80 b.

do. do. 3½ 89,70 B.

Höhn. Stadt-Anl. 4 101,50 B.

Rheinprovinz do. 4 101,80 b.

Göldb. d. B. Kfm. 4 101,00 B.

Hanfbriebe: —

Börliner 4½ 101,40 b.

do. 5 106,00 B.

Landisch. Central 4 95,00 b.

Kar. u. Neumärk. 3½ 85,00 G.

do. neue 3½ 84,25 G.

do. 4 95,20 b. G.

do. neue 4½ 105,20 b.

R. Brandg. Gred. 4 101,80 G. 2

Preuß. Preußische 3½ 83,75 B.

do. 4 95,20 G.

do. 4 101,80 G. 2

Pommersche 3½ 83,60 G.

do. 4 94,70 b.

do. 4 101,90 b.

Pofensche, neue 4 94,50 G.

Gärtische 4 94,25 b.

Schlesische 3½ 85,00 B.

do. alte A. u. C. 4 85,00 B.

do. neue A. u. C. 4 85,00 B.

Westfr. Westfr. 3½ 84,10 b.

do. 4 95,90 G.

do. 4 101,40 b.

do. II. Serie 5 105,00 b.

do. neue 4 105,00 b.

Entenbriefe: —

Kur. u. Neumärk. 4 95,50 b.

Pommersche 4 95,50 b.

Pofensche 4 95,40 G.

Preußische 4 95,40 b.

Reichs u. Westfäl. 4 98,50 G.

Sächsische 4 96,30 b.

Schlesische 4 95,80 B.

Gouvernements 20,33 B.

Revolentsdor. — b. B.

do. 500 Gr.

Dollars 4,185 G.

Imperials 16,66 G.

do. 500 Gr.

Fremde Banknot. do. zulösb. Leipzig.

Frankf. Banknot.

Deff. St. Pr. Anl. 169,93 b.

do. Silbergulden 177,50 b.

Stauff. Noten. 215,35 b.

Deutsche Fonds. 3½ 138,10 b. G.

do. Prich. a 40 b.

do. Pr. u. 67 4 120,50 B.

do. 25½-Öbligat. 139,50 b.

do. Präm.-Anl. 122,50 b.

Würtb. 20thl. 8

Wiem. Anl. v. 1874 4 110,10 b.

Glin.-Md. Pr. v. A. 117,40 b.

Deff. St. Pr. Anl. 108,00 B.

do. II. Abt. 5 106,10 b.

do. Pr. v. A. 186,6 173,75 B.

do. Präm. 170,10 b.

Wiedb. Eisenb. 3½ 18,60 B.

do. Pr. Pfdr. 4 104,75 b. G.

Oldenburg. Note. 3 137,00 b.

D.G.-G.-Pf. 11,5 100,00 b. G.

do. do. 4 92,50 b.

do. Hypoth. unt. 5 100,50 b. G.

do. do. 4 95,25 b. G.

do. Hyp. Pfdr. 5 100,50 B.

do. Hyp. Pfdr. 5 94,75 b. G.

do. Hyp. Pfdr. 5 96,00 b. G.

do. II. V. v. 11,0 89,90 b.

Erbsauer-Dise. Bl. 4 60,25 G.

*) Wechsel-Course.

Amsfert. 100 fl. 8 L. 168,60 b.

do. 100 fl. 2 M. 167,85 b.

London 1 Sfr. 8 L. 20,36 b.

do. do. 3 M. 20,31 b.

Paris 100 Fr. 8 L. 80,10 b.

Blg. Pfdr. 100 fl. 8 L.

do. do. 100 fl. 2 M. 3, Bremen —

Wien östl. Währ. 8 L. 169,90 b.

Wien östl. Währ. 2 M. 163,75 b.

Petersb. 100 R. 3 W. 215,00 b.

do. 100 Rub. 3 M. 214,80 b.

Warschau 100 R. 8 L. 215,00 b.

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, Lombard 5 p.c., Bankdiakone in Amsterdam 4 p.c., Bremen —, Brüssel 2½ Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 2, Paris 2, Petersburg 6, Wien 4½ p.c.

Bank- und Credit-Aktien.

Badische Bank 4 102,75 G.

Bl. f. Rheinl. u. Westf. 4 32,00 G.

Bl. f. Sprit. u. Pr. 4 45,30 b.

Berliner Bantverein fr. 39,00 G.

do. Comm.-B. See. fr. 75,00 G.

do. Handels-Ges. 4 71,00 G.

do. Kassen-Verein. 4 147,00 B.

do. L. v. 110,5 89,90 b.

Erbsauer-Dise. Bl. 4 60,25 G.

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 L. 168,60 b.

do. 100 fl. 2 M. 167,85 b.

London 1 Sfr. 8 L. 20,36 b.

do. do. 3 M. 20,31 b.

Paris 100 Fr. 8 L. 80,10 b.

Blg. Pfdr. 100 fl. 8 L.

do. do. 100 fl. 2 M. 3, Bremen —

Wien östl. Währ. 8 L. 169,90 b.

Wien östl. Währ. 2 M. 163,75 b.

Petersb. 100 R. 3 W. 215,00 b.

do. 100 Rub. 3 M. 214,80 b.

Warschau 100 R. 8 L. 215,00 b.

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, Lombard 5 p.c., Bankdiakone in Amsterdam 4 p.c., Bremen —, Brüssel 2½ Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 2, Paris 2, Petersburg 6, Wien 4½ p.c.

Industrie-Aktien.

Brauerei Posenhofer 4 95,75 G.

Dannenb. Kattun 4 17,00 G.

Deutsche Baugef. 4 59,50 b. G.

Deutsch. Eisen.-Bau. 4 6,00 b. G.

Dtsch. Stahl- u. Eisen. 4 22,00 G.

Donnersmarckhütte 4 6,80 b.

Gell. S. Maj. Act. 4 13,50 b. G.

Großm. Spinn. 4 45,00 G.

Glo. f. Charlottenb. 4 11,50 B.

Grifft. u. Rohm. Näh. 4 28,00 G.